

JA ZUM PENSIONS- KASSENGESETZ



Der Bund verlangt neu, dass öffentlich-rechtliche Pensionskassen einen Deckungsgrad von 100% aufweisen. Durch die vorliegende Sanierung kann die Baselbieter Pensionskasse (BLPK) dieser Vorgabe gerecht werden und ihre bestehende Deckungslücke von ca. 2.3 Milliarden Franken schliessen. Die Vorlage regelt die Frage nach dem «Wie und wer bezahlt das?» – der zu bezahlende Betrag selbst steht nicht zur Debatte, hier sind wir vom Bund verpflichtet.

Die Mitarbeitenden leisten einen grossen Beitrag zur Sanierung und Verhinderung künftiger Löcher in der BLPK: Erhöht wird das Pensionsalter von 64 auf 65 Jahre und der Beitrag der Mitarbeitenden an die Einzahlungen in die BLPK, zudem werden Frühpensionierungen erheblich erschwert. Gesamthaft resultiert ein Leistungspaket, das in etwa dem des Kantons Aargau entspricht und unter demjenigen der Kantone Solothurn und Basel-Stadt oder von

Privatunternehmen vergleichbarer Grösse liegt. Mit der Anpassung der Leistungen, die einvernehmlich zwischen den Sozialpartnern vereinbart wurden, soll verhindert werden, dass in naher Zukunft wieder eine neue Finanzierungslücke entsteht.

Stark umstritten ist die Finanzierung der zu begleichenden Schuld: Während der Finanzdirektor eine möglichst risikofreie Variante mit Kosten von ca. 70 Millionen pro Jahr wollte,



Urs Leugger-Eggimann,
e. Landrat Arlesheim

Solaranlagen in Kernzonen

Was lange währt, wird endlich gut: Solaranlagen können auch in Kernzonen gebaut werden. Blenden wir zurück: Bereits im Jahr 2006 forderte der damalige Landrat Issac Reber mit einer Motion «Solaranlagen aufs Dach – auch in Kernzonen», dass die Bewilligungspraxis für Solaranlagen gelockert wird. Ein erster Vorschlag der Regierung ging einem Teil der Gemeinden zu weit. Die vorberatenden Kommissionen des Landrats liessen sich durch diesen Widerstand nicht beirren; sie hielten am eingeschlagenen Weg fest. Sukkurs kam rechtzeitig von der nationalen Ebene: Die Revision des Raumplanungs- und Baugesetzes, die von der Stimmbevölkerung im Frühling 2013 angenommen wurde, sieht auch eine Liberalisierung der Bewilligungspraxis für Solaranlagen in Kernzonen vor. Die Landratskommissionen legten dem Regierungsrat deshalb nahe, die vorgesehene Liberalisierung möglichst rasch umzusetzen. Der Landrat folgte dieser Empfehlung Ende Juni einstimmig. In Bau- und in Landwirtschaftszonen bleiben Solaranlagen somit weiterhin bewilligungsfrei. Anlagen in besonders sensiblen Siedlungsgebieten (Kernzonen, Ortsbild- und Denkmalschutzzonen) sind neu möglich, wenn sie «genügend angepasst» sind; sie unterstehen einer Bewilligungspflicht. Sieben Jahre nach der Einreichung der Motion von Isaac Reber sind somit auch im Baselbiet die Türen für die Nutzung der Solarenergie in Kernzonen endlich geöffnet.

streben vereinzelte Gemeinden nach einer Lösung, welche die Lücke spekulativ durch erhoffte Renditen an den Finanzmärkten schliessen soll. Der Landrat entschied sich für eine professionelle, ganzheitliche Finanzierung, welche mit Kosten von ca. 20 Millionen pro Jahr rechnet und eine ausgewogene Balance von Risiken und Marktchancen ermöglicht. Gesamthaft resultiert eine ausge-

wogene und faire Sanierungsvorlage für die BLPK. Eine praktikable Alternative fehlt und jede Verzögerung hätte sowohl für das Personal als auch für die Staatskasse zusätzliche Risiken und Kosten zur Folge. Die Grünen empfehlen ein Ja zum Pensionskassengesetz.

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident

Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht



Nicht alle haben Zeit, Krieg zu spielen.

Die Initiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) verlangt nicht nur die Abschaffung einer sinnlosen Dienstpflicht, sondern sie fordert auch einen umfassenden freiwilligen Zivildienst, der allen EinwohnerInnen unabhängig ihres Geschlechts, Alters oder Nationalität offen steht. Beides, Militär- und Zivildienst, sollen freiwillig werden. Eine Berufsarmee verbietet die Initiative, weil «Rambos» keine Lösung sind. Von Portugal bis Rumänien, von Albanien bis England schafften sämtliche Länder ausser der Schweiz und Österreich die Wehrpflicht ab. Die Schweiz verfügt in Europa über

deutlich am meisten Soldaten im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Die Zeit der Massenheere ist definitiv vorbei: Aus sicherheitspolitischen Gründen lässt sich eine Armee nicht rechtfertigen. Ganz im Gegenteil: Sie verschlingt ungeheure Ressourcen. Die Wehrpflicht reproduziert noch immer alte Rollenbilder einer wehrhaften Schweiz mit Igelmentalität. Für national-konservative Kreise dient die Armee als Sinnbild einer männlichen, patriarchalisch geprägten Schweiz. Gesetze, welche Frauen und Männer nicht gleich behandeln und welche Menschen das Töten lehren, sind nicht mehr zeitgemäss und gehören

abgeschafft. Die Aufhebung des militärischen Zwangs führt zu einer vernünftigen Verkleinerung der Armee. Die Schweiz hat nicht zu wenig Waffen, sondern zu viele Soldaten. Immer wieder werden Militäreinheiten für Katastropheneinsätze mobilisiert. Dies mag durchaus sinnvoll sein. Die Armee oder die Wehrpflicht damit zu rechtfertigen ist ein leicht

zu widerlegendes Alibi-Argument: Lediglich 0.06% aller Dienstage werden für Katastropheneinsätze geleistet. Diese sinnvollen Einsätze könnte eine auch deutlich reduzierte Armee problemlos weiterhin leisten. Die Grünen empfehlen ein Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht.

Jürg Wiedemann, Landrat Birsfelden

Ja zum Epidemiengesetz

Eine Revision des 40 Jahre alten Gesetzes wurde notwendig, weil sich das Umfeld der Infektionskrankheiten stark veränderte (enorme Mobilität, Bevölkerungs- und Tierdichte, Migrationsbewegungen, Klimaveränderungen). Aber auch das Informationsbedürfnis und die Informationsflut veränderten sich enorm – jeder mag sich noch an die Informationsproblematiken mit Vogelgrippe, SARS, H1N1 erinnern. Diese Kommunikationsunsicherheit kann nur durch klare einheitliche vom Bund koordinierte Führung beherrscht werden.

Einen Zwang für eine Impfung wird es

nie geben, aber im neuen Gesetz soll die jetzt schon bestehende Möglichkeit eines kantonalen Obligatoriums genauer bezeichnet und eher eingegrenzt werden. Bei allfälligen Nebenwirkungen sollen zudem geschädigte Personen auf einfacherem Weg zu einer Entschädigung kommen. Im alten Gesetz fehlen Datenschutzbestimmungen gänzlich, dies soll nun besser geregelt werden. Zusätzlich werden Massnahmen ergriffen, um Antibiotikaresistenzen vorbeugen zu können. Die Grünen empfehlen ein Ja zum Epidemiengesetz.

Michael Vollgraff, Landrat Aesch

Nein zum Arbeitsgesetz

Das angepasste Arbeitsgesetz will den 24-Stunden-Betrieb in Tankstellenshops auf Autobahnraststätten und an Hauptverkehrsstrassen einführen. Diese Läden sollen neu die ganze Nacht und am Sonntag geöffnet sein. Gegen dieses Gesetz ergriff die Sonntagsallianz das Referendum. Die Grünen lehnen das Gesetz ab, weil die Vorlage der erste Schritt zur Einführung des allgemeinen 24-Stunden-Betriebs und -Konsums im Detailhandel ist. Die Nacht und der Sonntag sollen zugunsten der Lebensqualität für Freizeit, Familie und Freunde reserviert bleiben.

Zudem sollen Läden, die nur per Auto erreichbar sind, nicht bevorzugt werden. Zu befürchten ist weiter eine Zunahme von Tankstellenshops und damit des motorisierten Einkaufsverkehrs in lärmsensiblen Nachtzeiten. Tatsache ist auch: Nachtarbeit führt häufig zu Gesundheitsproblemen bei Arbeitnehmenden und schränkt deren Familienzeit ein, weil sie oft keine Entscheidungsfreiheit über ihre Arbeitszeiten haben. Die Grünen empfehlen ein Nein zum Arbeitsgesetz.

Björn Schaub, Geschäftsführer

Regierungsratskommentar



Isaac Reber, Regierungsrat und Vorsteher der Sicherheitsdirektion

Halbzeit

Vor zwei Jahren trat ich mein Amt als erster Regierungsrat der Baselbieter Grünen an. Ich blicke zurück auf zwei turbulente Jahre. Unruhig ist es immer, wenn nicht alles so läuft, wie es sollte - und das war im Baselbiet definitiv so. Ich habe - privat und im Amt - Spannendes, Erfreuliches, aber auch Schwieriges erlebt. Da war zum Beispiel der grosse Umbruch in der Regierung - nach Amtsalter bin ich jetzt bereits in der Mitte. Besonders anspruchsvoll in einem Regierungsamtsamt sind der manchmal geforderte Spagat zwischen den eigenen Überzeugungen und der Rolle im Kollegium einerseits und die unterschiedlichen Rollen von Regierung, Fraktion und Partei andererseits. Hier gibt es noch viel zu lernen, weil diese Situation für uns alle neu ist. Natürlich sind mit der Regierungsbeteiligung auch viele Erwartungen verbunden. Naturgemäss interessiert hier: Ist das Baselbiet in den vergangenen zwei Jahren etwas «grüner» geworden? Ich meine: Ja. Unser Kanton konsumiert neu ausschliesslich erneuerbare Energie, die räumliche Entwicklung konzentriert sich nun nach innen (Bahnhofareale, Dreispitz etc.) und unsere Investitionsschwerpunkte sind nicht mehr Tunnels, sondern Bildung und öffentlicher Verkehr. Das ist doch einmal ein Anfang - nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Danke Sarah! Danke Urs!



sen die Jugendlichen im TNW-Gebiet für ihre sichere Heimkehr nach dem Ausgang nicht mehr fünf Franken extra berappen. Wir freuen uns, dass Sarah ihr politisches Engagement aber nicht beendet, sondern uns weiterhin als Vize-Parteipräsidentin der Grünen BL erhalten bleibt.

Nach nur zwei Jahren, in denen er sich mit Freude und politischem Geschick in den Landrat einarbeitete, muss uns leider auch Urs Leugger verlassen. Im September wird er seine Tätigkeit als Generalsekretär von Pro Natura Schweiz antreten, was bedeutet, dass er kein politisches Mandat mehr innehaben darf. Wir verlieren mit Urs einen kompetenten Kollegen in Naturschutzfragen, dem eine nachhaltige Gestaltung unserer Lebensräume am Herzen liegt. Wir wünschen ihm in seiner neuen Aufgabe viel Elan, in anderer Rolle grüne Ziele zu realisieren.

Marie-Theres Beeler, Vize-Fraktionspräsidentin

Diesen Sommer müssen wir im Landrat gleich von zwei KollegInnen Abschied nehmen. Sarah Martin beschloss nach über sieben Jahren ihren Landratsitz im Wahlkreis Gelterkinden zu verlassen. Wir verlieren durch Sarahs Rücktritt eine engagierte Landrätin, die nicht nur in Umwelt- und Energiefragen grüne Interessen engagiert und kompetent einbrachte. Mit Sarah fanden auch die Jugend und das Oberbaselbiet immer wieder eine Stimme im Landrat. Dank einem ihrer Vorstösse müs-

Vorwärts bei der Windenergie

In einem intern breit abgestützten Prozess erarbeiteten die Grünen Basel-Land ein Positionspapier zum Thema Windkraftnutzung. Die Grünen befürworten die Windenergienutzung im Baselbiet. Folgende Punkte müssen erfüllt sein, damit Windräder aus unserer Sicht ökologisch vertretbar sind: Jeder einzelne Standort soll geprüft werden auf die Wirtschaftlichkeit, auf den Artenschutz und den Landschaftsschutz. Konkret sollen dabei folgende Ansätze gelten:

- In Vogelzuggebieten werden keine Windanlagen gebaut. In Gebieten mit geringem Vogelzug könnte eine saisonale Abstellung der Anlagen geprüft werden;
- Gebiete aus dem Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler: Hier können Windanlagen nur erstellt werden, wenn die Gebiete bereits anders bebaut sind (Hochspannungsmasten, Antennen, Brücken, Strassen etc.);
- Windkraftanlagen werden konzentriert in Parks erstellt;
- Zur Erschliessung der Parks sind nur temporäre Infrastrukturbauten zulässig. Die Grünen begrüßen das Errichten von Windkraftanlagen generell und speziell auch in der Region Basel. Energie soll dezentral und regional produziert werden. Als Ergänzung zum Solarstrom mit Produktionsspitzen im Sommer kann Windenergie auch in unserer Region eine wesentliche Rolle übernehmen, da in der Winterjahreshälfte mehr Wind vorkommt.

Positionspapier unter www.gruene-bl.ch

Philipp Schoch, Landrat Pratteln

Parolenkasten 22. September 2013

Kantonale Vorlage

JA zum Gesetz über die Durchführung der beruflichen Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse (BLPK-Reform)

Eidgenössische Vorlagen

JA zur Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

JA zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz)

NEIN zur Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz; Öffnungszeiten der Tankstellenshops)

Agenda

2. bis 9. September

Energie-Camp 2013 mit Workshops zu Energie, Decroissance, Ernährung etc.

www.energiengewendefestival.ch

17. Oktober 2013

Mitgliederversammlung Grüne BL
www.gruene-bl.ch

IMPRESSUM

Herausgeber: Grüne BL, Güterstrasse 83
4053 Basel

Redaktion: info@gruene-bl.ch

Auflage: 1500 Ex.

gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Werden Sie Mitglied (www.gruene-bl.ch) oder unterstützen Sie die Grünen BL mit einer Spende (PC-Konto 40-7608-1). Merci.